

FDP- Fraktion
im Rat der Gemeinde Eitorf



Freie Demokratische Partei
www.fdp-eitorf.de

Fraktionsvorsitzender

Timo Utsch
Torgarten 8
53783 Eitorf

Tel.: 02243 / 842360
Fax.: 0176 / 52446313
Email: tutsch@fdp-eitorf.de

Haushaltsrede

der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

09. Februar 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Storch,

verehrte Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Rat,

sehr geehrte Damen und Herren,

der von unserem Bürgermeister eingebrachte Haushaltsentwurf 2015 und das darin enthaltene Haushaltssicherungskonzept für die kommenden Jahre lässt uns beim Blick auf die Zahlen nicht in Jubel ausbrechen.

Dies ist aber kein Verschulden der Haushaltsführung unserer Gemeinde.

Nach Bewertung der FDP-Fraktion ist der Haushaltsentwurf unter den gegebenen Rahmenbedingungen ein gangbarer Kompromiss zwischen konsolidierter Haushaltsführung und von in die Zukunft gerichteten, für unsere Gemeinde wichtigen und lohnenden Investitionsmaßnahmen.

Der Kämmerei unter Führung von Herrn Strack möchte ich an dieser Stelle zuerst einmal im Namen meiner Fraktion Dank und Anerkennung aussprechen, zum Einen, dass es ihnen in gewohnter Zuverlässigkeit gelungen ist, ein tragfähiges Zahlenwerk auf die Beine zu stellen und zum Zweiten, dass Sie uns mit Ihren Erläuterungen auch in die Lage versetzt haben, dieses verstehen und bewerten zu können.

Leider wird beim intensiveren Blick in die Zahlen wieder einmal mehr als deutlich, dass Verwaltung und Politik unserer Gemeinde kaum Handlungsspielräume besitzen. Auf der Ausgabenseite stehende Pflichtleistungen und zu leistenden Transferzahlungen stehen die dafür gewährten Schlüsselzuweisungen und Anteile am Steueraufkommen auf der Einnahmenseite gegenüber. Hier hilft leider oftmals nur noch der Griff in die bilanzielle Trickkiste – der Kämmerer möge mir den Ausdruck an dieser Stelle verzeihen – oder eben in die Tasche des Bürgers, um wenigstens noch einen Rest an politischer und kommunaler Handlungsfähigkeit bewahren zu können.

Für den Laien ist dies kaum noch nachvollziehbar und für uns politisch nebenberufliche Akteure vor Ort wird es zusehends schwerer dem interessierten Bürger die „guten Seiten des vorliegenden Haushaltsentwurfs“ zu vermitteln.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle eine Aufzählung der Fülle konkreter Einzelsummen ersparen, diese können Sie im Bedarfsfall nachlesen.

Das Beispiel Sportstättennutzungsgebühr, bzw. deren Abschaffung macht das Dilemma, in dem wir stecken, in meinen Augen besonders deutlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich sage dies ohne jede Häme in Ihre Richtung. Auf den ersten Blick scheint es einfach, diese Gebühr wieder abzuschaffen. Handelt es sich doch „lediglich“ um einen Betrag in Höhe von 15.000 Euro jährlich. Die Vorgabe aus dem Haushaltssicherungskonzept, diese „freiwillige Einnahme“ jedoch im Haushalt an anderer Stelle durch Kürzung einer „freiwilligen Ausgabe“ in gleicher Höhe kompensieren zu müssen, gestaltete sich in den Diskussionen der letzten Wochen jedoch mehr als schwierig, weil diese Leistungen unter dem Diktat notwendiger Sparanstrengungen in den letzten Jahren bereits auf ein Minimum eingeschmolzen werden mussten. Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Während wir uns also mitunter die Köpfe über verglichen mit dem Gesamtumfang des Haushaltes vergleichsweise geringe Beträge heiß diskutieren, werden von außen die Daumenschrauben weiter angezogen.

Gegenüber dem letzten Doppelhaushalt 2013/14 und den darin enthaltenen Prognosen für die Folgejahre haben sich die Rahmenbedingungen für den Haushaltsentwurf 2015 erneut verschlechtert.

Neben den steigenden Kosten zur Unterbringung und Versorgung einer wachsenden Zahl an Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen – nach meiner Recherche in verschiedenen Quellen liegt die Refinanzierungsquote durch das Land in NRW bei ungefähr 20%, in anderen Bundesländern ist diese erheblich höher – und dem sehr bedauerlichen Rückgang von Einwohnerzahl und Kaufkraft, sind es vor allem erneut Kreis und Land, die unserer Gemeinde immer tiefer in die Tasche greifen und höhere Umlagesätze verlangen bzw. niedrigere Zuweisungen gewähren.

In dieser finanziellen Zwangsjacke steckend, war die dem Haushaltsentwurf vorweggenommene Erhöhung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer für dieses Jahr die logische Konsequenz, um ein Mindestmaß an finanziellen Spielräumen erhalten zu können.

Mit diesem Schritt haben wir uns absehbar auch nur temporär Luft verschaffen können. Auch in den Folgejahren werden die Steuersätze schrittweise weiter angehoben werden müssen, um bis zum Jahr 2023 einen nominell ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können.

Die in den Kommunen erwirtschafteten höheren Steuereinnahmen sind längst zu einer verdeckten Subvention von Kreis- und Landeshaushalt geworden, ohne dass wir vor Ort etwas davon hätten.

Wir als FDP-Fraktion werden diesen Weg, der uns faktisch durch Land und Kreis diktiert wird, mitgehen, weil uns letztendlich keine Alternative bleibt. Da ist es leider kein Trost, dass immer mehr Kommunen in NRW ebenfalls in dieser Spirale der Steuerhöhungen gefangen sind. Den alternativen Weg zu gehen, die Steuersätze nicht schrittweise, sondern in einem großen Wurf um 40%, 50% oder gar über 70% zu erhöhen – so wie ihn einige Kommunen in NRW beschreiten wollen -, halten wir für nicht verantwortungsvoll und auch für gefährlich.

Bleibt nur zu hoffen, dass die heute veranschlagten Anhebungen auch tatsächlich in Zukunft ausreichen werden.

Hier sind jedoch starke Zweifel angesagt.

Während wir vor Ort uns nach der Decke strecken müssen, sind Sparanstrengungen im Kreis und im Land für uns nicht wirklich erkennbar.

Ich zitiere aus dem Magazin „Der Steuerzahler“, Ausgabe Januar 2015:

„Die Schulden werden weiter wachsen, die Steuersätze auch.“ Und weiter:

„Bayern top, NRW flop – Einige Länder wie Bayern wollen erneut Altschulden tilgen, in diesem Jahr mehr als 900 Mio. Euro. Tief im Westen sieht das anders aus. NRW ist abermals Schuldenspitzenreiter unter den Ländern. Voraussichtlich knapp 2,4 Mrd. Euro Nettokreditaufnahme wird die rot-grüne Landesregierung benötigen. Verantwortungsvolle Politik muss anders sein. Sie darf nicht auf dem Rücken der Bürger agieren.“ - Zitat Ende.

Weitere Kommentare sind überflüssig.

Wir als FDP-Eitorf stehen nach wie vor für eine Politik, für die gilt:

Haushalten mit Augenmaß und Investitionen mit Weitsicht.

Dabei kann sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Bilanz der letzten Jahre und das für Eitorf Erreichte durchaus sehen lassen – auch wenn die politischen Mitbewerber das sicherlich gerne anders bewerten wollen.

Die Umsetzung der Regionale 2010, die umfassende Sanierung des Siegtalgymnasiums, die Bebauung des Leienberggeländes, die hohen Investitionen der Gemeindegewerke sowie der flächendeckende Breitbandausbau sind die nach außen hin sichtbarsten Veränderungen, die trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Erwähnen möchte ich auch, dass – nach jahrelangem Bemühen der FDP - nun endlich die Bauruine „Limbachhaus“ in der Siegstraße einem behindertengerechten Wohnungsbauprojekt weichen wird.

Auch die Ansiedlung eines Gewerbebetriebes auf dem ehemaligen Himmeröder-Gelände ist ein Erfolg. Wurde unser Bürgermeister in der Vergangenheit ausschließlich als Sündenbock für den Nichterwerb dieses Geländes durch die Gemeinde hingestellt, so können wir heute froh über die dort erwirtschafteten Gewerbesteuerentnahmen sein.

Für dieses und die nächsten Jahre sind die Verlagerung von Feuerwehr und Bauhof, die Erschließung des Neubaugebietes „Blumenhof“ und mittelfristig die Sanierung

des Herrmann-Weber-Bades sowie der Neubau einer Park- and-Ride-Anlage auf der Bahnhofsüdseite als dickste Brocken der beabsichtigten Investitionen in die Zukunft planerisch und haushalterisch abgesichert. Auch dies ist das Ergebnis einer soliden Haushaltspolitik von Rat und Verwaltung in der zurückliegenden Legislaturperiode.

Mit wenn auch recht bescheidenen finanziellen Mitteln soll das im letzten Jahr entwickelte Marketingkonzept für unsere Gemeinde mit zielgerichteten Maßnahmen die Attraktivität als Wohn-, Arbeits- und Tourismusstandort schrittweise verbessern. Die Initiative dazu stammt übrigens auch aus den Reihen der FDP-Fraktion.

Wir hätten uns konsequenterweise gewünscht, wenn wir neben der finanziellen Unterstützung auch die personellen Möglichkeiten für die Umsetzung des Marketingkonzeptes hätten erhalten können. Der Antrag zur sofortigen Wiederbesetzung der freigewordenen Stelle für Wirtschaftsförderung wurde leider durch die Kommunalaufsicht des Kreises abgelehnt. Das verstehen wir nicht. Anstatt uns die Möglichkeit zu geben, kurzfristig und unerwartet entstandene personelle Lücken stopfen zu können, möchte der CDU geführte Kreis nach eigener Aussage lieber 26 neue Stellen in der eigenen Verwaltung schaffen. Wir hätten uns an dieser Stelle auch gut eine Intervention der amtierenden Eitorfer Kreistagsabgeordneten gewünscht, zum Wohle unserer Gemeinde. Auch dies fand leider kein Gehör. Dabei hatten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU in Ihrem Wahlprogramm noch gefordert, den Stellenplan für Marketing zu erweitern.

Meine Damen und Herren,

mit der Kommunalwahl im letzten Jahr haben die Bürgerinnen und Bürger uns als stärkste Fraktion im Rat abgewählt.

Ich gebe zu, dass wir das „Steuerrad“ gerne noch weiter in der Hand behalten hätten, um gemeinsam mit unserem Bürgermeister und der Verwaltung eine weitere Legislaturperiode gestalten zu können.

Der Wähler hat dies anders entschieden, das haben wir zu akzeptieren.

Ein sichtbares Ergebnis der neuen Machtverhältnisse im Rat ist mit Sicherheit die Einbringung von Investitionen für eine „Ersatzlösung Bahnübergang Brückenstraße“ ,

- eine übrigens wohlgemeinte Formulierung für die durch CDU und SPD in ihren Wahlprogrammen angestrebte Bahnüberführung - zu deren Gunsten leider die Investition in die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes in die Jahre 2020 bis 2022 verschoben wurde. Dies ist sicherlich das Zugeständnis an die neuen Mehrheiten, die ja bekanntlich das Fehlen dieses Postens im letzten Haushaltentwurf als Hauptargument für dessen Ablehnung angeführt hatten.

Uns freut das sicherlich nicht und wir werden darauf drängen, dass die Erschließung neuer Gewerbeflächen früher in Angriff genommen werden kann.

Für uns ist die Realisierung einer Bahnüberführung im Ortszentrum aber nicht nur eine rein finanzielle Angelegenheit, sondern eine Entscheidung, die das Ortsbild maßgeblich verändert. Wir wollen daher anregen zu prüfen, ob diese zentrale Entscheidung – Bahnüberführung ja oder nein - nicht durch ein Votum der Bevölkerung, sprich Ratsbürgerentscheid getroffen werden sollte.

Da der vorliegende Haushaltsentwurf aber für die Folgejahre mit erheblichen Unwägbarkeiten verknüpft ist – wir fahren nach Aussage des Kämmerers auf Sicht -, ist dieser Aspekt für uns aber kein Argument, dem Haushaltsentwurf nicht zuzustimmen.

Lassen Sie mich auf das sogenannte Integrierte Handlungskonzept, kurz IHK eingehen, an das ein Teil dieser Unwägbarkeiten geknüpft ist.

Unter dem Schlagwort IHK wurde der Gemeinde kurzfristig zum Ende des letzten Jahres die Möglichkeit eröffnet, für anstehende Investitionen (z.B. die Sanierung des HWB und Entwicklung des Innenortes) finanzielle Zuschüsse zu bekommen. Daran geknüpft ist allerdings die Entwicklung eines städteplanerischen Gesamtkonzeptes.

Ich zitiere an dieser Stelle aus der Haushaltsrede des damaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Rüdiger Gräf aus seiner Haushaltsrede 2010 – „In Ergänzung zum Regionale 2010-Projekt halten wir ... die Erstellung eines Gesamtentwicklungskonzeptes ... hin zu einer attraktiven Wohngemeinde, die zugleich interessante Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätze bietet, für zwingend erforderlich.“ Zitat Ende.

Wie man sieht, wollte die FDP-Fraktion bereits 2010 ein städteplanerisches Gesamtkonzept auf den Weg bringen.

Leider hatte sich dieser Forderung in der letzten Legislaturperiode niemand anschließen können. Versuche, dies auf den Weg zu bringen, wurden von anderen Fraktionen blockiert.

Auf einmal, so ist es zumindest Ihren Pressebeiträgen zu entnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD sind alle Feuer und Flamme. Dies verwundert uns schon ein wenig.

Liegt es an den neuen Mehrheitsverhältnissen?

Oder hat der erwartete „Subventionsgeldregen“ – lassen Sie uns diesen Kuchen aber erst dann aufteilen, wenn er tatsächlich auf dem Tisch steht – Ihre Wahrnehmung verändert?

Wenn Sie die Begeisterung für das IHK früher gefunden hätten, könnten wir in der Umsetzung schon erheblich weiter sein.

Vergessen Sie, meine Damen und Herren bitte auch nicht, dass eine Teilnahme Eitorfs am IHK nur möglich ist, weil die Gemeinde in der Lage ist, die erforderlichen finanziellen Eigenbeiträge aus eigener Kraft beizusteuern. Ohne die – nach Ihrer Bewertung „visionslosen“ Konsolidierungspolitik der letzten Jahre wäre dies nicht möglich gewesen. Die Grundlagen für eine Teilnahme am IHK wurden in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen.

Die Möglichkeit, an die begehrten Fördertöpfe zu gelangen, erfordert einen sehr ambitionierten Zeitplan. Im Detail werden sicherlich nicht alle Maßnahmen von allen Fraktionen Zustimmung erhalten. Wir können dann die jeweiligen Maßnahmen zerreden, oder versuchen einen für alle Fraktionen tragfähigen Kompromiss zu schließen. Ich wünsche mir, dass uns die Umsetzung gelingt und wir nicht genötigt werden, die Zustimmung an einzelne „Bedingungen“ zu knüpfen. Bevor die Bäume hier vermeintlich in den Himmel wachsen, wartet noch einiges an Arbeit auf uns. Wir als FDP-Fraktion werden unseren Beitrag dazu zu leisten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf die Situation der Gemeindewerke eingehen. Diese sind finanziell solide aufgestellt.

Auf Grund einer unausgewogenen Kostenstruktur im Abwasserbereiches – vor allem in Folge der hohen Fixkosten einer überdimensionierten Kläranlage –, als auch vor

dem Hintergrund für die Werke kostenmäßig falsche Anreize eines übertriebenen Wassersparens zu korrigieren, hat die FDP-Fraktion mit Unterstützung der BfE-Fraktion zu Beginn der letzten Legislaturperiode eine Umstrukturierung der Gebühren im Abwasserbereich und die Einführung einer Grundgebühr gegen die Stimmen von CDU und SPD durchgesetzt. Wir haben dafür in deren Presseveröffentlichungen viel Prügel einstecken müssen.

Es hat sich gezeigt, dass diese Maßnahme „geldrichtig“ war. Nur dadurch konnte das Gebührenniveau verstetigt werden, gesetzlich geforderte Pensionsrückstellungen und der Wegzug eines Großeinleiters kompensiert werden. In mehreren Bilanz- und Ergebnisprüfungen wurde die Einführung dieser Grundgebühr zwischenzeitlich als positiv herausgestellt.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben den vorliegenden Haushaltentwurf innerhalb der Fraktion intensiv diskutiert und über einzelne Maßnahmen und Elemente auch kontrovers argumentiert. Auf mögliche Gegenanträge haben wir jedoch bewusst verzichtet, um den Entwurf als solches nicht zu zerreden.

Wie anfangs gesagt, brechen wir nicht in Jubel aus, stimmen dem Entwurf jedoch in Gänze zu.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Dinge loswerden.

Erstens möchte ich im Namen der FDP-Fraktion allen freiwilligen Helfern und ehrenamtlich Tätigen, die Ihre Dienste zum Wohl der Gemeinde anbieten, ganz herzlich danken.

Zweitens möchte ich Ihnen Herr Fuchs und Ihnen Herr Dr. Finke zu Ihrer Nominierung als Kandidaten Ihrer jeweiligen Fraktion für das Amt des Bürgermeisters gratulieren.

Ich hoffe, dass wir einen harten aber fairen Wahlkampf führen können, ohne die vor uns liegenden Sachaufgaben dadurch zu blockieren.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.